



CVP Schweiz
Klaraweg 6
Postfach 5835
3001 Bern

Erschienen am 16.06.2006

Unverständliche Gefährdung des bilateralen Wegs

Die CVP Schweiz zur Sitzung des Bundesrats in Sachen Kohäsionsfonds
CVP Schweiz

Der bilaterale Weg hat einen Preis: Die Solidaritätszahlungen der Schweiz in die neuen Mitgliedstaaten im Osten. Das Parlament hat beschlossen, dass diese nicht zu Lasten der Entwicklungshilfe gehen dürfen.

Der Bundesrat hat sich mit seinem heutigen Finanzierungsentscheid nach einem wochenlangen hin und her über das Parlament hinweg gesetzt. Damit ist offen, ob die erfolgreiche Dreiparteienallianz (CVP, FDP, SP) für die Referendumsabstimmung über die Solidaritätszahlungen wieder zu Stande kommt. Scheitert diese Abstimmung, ist der bilaterale Weg kaum noch gangbar. Mit seinem heutigen Entscheid hat sich der Bundesrat eine schwere Verantwortung auf die eigenen Schultern geladen.

Der freisinnigen Partei- und Fraktionsführung ist es offensichtlich nicht gelungen, die eigenen Bundesräte davon abzubringen, in der Landesregierung mit der SVP zu stimmen. Ausgerechnet die freisinnigen Bundesräte haben sich damit auf einen europapolitisch brandgefährlichen Kurs begeben: Der bilaterale Weg wird nicht mehr gangbar, sollte das Schweizer Volk die Solidaritätszahlungen für die Oststaaten ablehnen. Die Gefahr, dass die SP die Dreiparteienallianz nach diesem Entscheid verlässt, ist nicht von der Hand zu weisen.

Besonders unverständlich ist der heutige Bundesratsentscheid, nachdem im Parlament bereits eine Einigung erzielt wurde: Mit der Annahme der Motion Leuthard wäre der Weg offen gewesen, dass jährlich 50 Millionen Franken über interne Kompensationen in EDA und EVD hätten aufgebracht werden müssen. Mit der Erhöhung dieses Anteils durch den Bundesrat auf jährlich 60 Millionen Franken müssen nun Entwicklungshilfegelder herangezogen werden.

Für den kommenden Referendumskampf sieht sich der Bundesrat nun mit einer ungemütlichen Ausgangslage konfrontiert: Wenn neben einer offensichtlich uneinigen FDP nun auch noch die SP das Boot verlässt, verbleibt die CVP als einzige Verfechterin des bilateralen Wegs. Die Parteileitung der CVP Schweiz wird deshalb am Rande der letzten Sessionswoche die Ausgangslage für die Abstimmung neu beurteilen müssen.

Diverse Länder haben das bilaterale Vertragswerk noch nicht ratifiziert – sie werden dies wohl kaum mehr tun, wenn die Schweiz aus den Verhandlungen zwar die Vorteile für sich behalten, den ausgehandelten Preis aber nicht bezahlen will.

Kontakt: Urs Schwaller

» Zurück zur Suche